

**Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration**  
(57. - öffentliche - Sitzung am 26. Februar 2015)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Pflichten von Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleistern (NGesDPG)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2851](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs.*

2. **Den Generationenvertrag neu beleben: Fairness für alle Generationen herstellen und allen eine verlässliche und individuelle Lebensplanung ermöglichen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1611](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort.*

3. **Aufklärung über HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen verstärken**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2549](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort.*

4. a) **Ausverkauf der Ostfriesischen Inseln beenden, Dauerwohnraum für Inselbewohner erhalten!**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1980](#)

- b) **Besondere Situation der Ostfriesischen Inseln berücksichtigen - Handlungskonzept entwickeln**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
Drs. 17/2889neu

*Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimme der Fraktion der FDP - bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion - empfahl er dem Landtag, den Antrag zu b) in unveränderter Fassung anzunehmen.*

5. **Datengrundlage für Zukunftsentscheidungen schaffen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2881](#)

*Die Vertreterin der FDP-Fraktion im Ausschuss erklärte ihre Absicht, den Antrag zurückzuziehen.*

6. **Die Energiewende im Gebäudebestand voranbringen und bezahlbaren Wohnraum schaffen**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2893](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP beschloss er, den Ausschuss für Haushalt und Finanzen um eine Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten und nach deren Vorlage die Beratung des Antrags fortzusetzen.*